Newsletter

Herbst 2023

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Noch immer gibt es keine Lösung in der «Horizon Europe»-Frage. Die Schweiz braucht aber dringend eine endgültige Assoziierung an das Forschungsprogramm, wenn sie die Wettbewerbsfähigkeit des Schweizer Innovationsstandorts sicherstellen will. Die Parlamentarische Gruppe Bildung, Forschung und Innovation (PG BFI) setzte sich in der laufenden Legislatur vehement dafür ein, dass **die Schweiz wieder definitiv an Horizon Europe assoziiert wird**. Bis dieses Ziel erreicht ist, benötigen wir umfassende (Übergangs-)-Massnahmen, um die Exzellenz des Schweizer Forschungsplatzes zu erhalten.

Bei unserer nächsten Sessionsveranstaltung am Donnerstag, 28. September 2023, zum Thema des Geistigen Eigentums widmen wir uns der Frage, was dieses zentrale Element für die Innovationskraft der forschungsbasierten Schweizer Wirtschaft bedeutet. Ich freue mich besonders, dass es uns gelungen ist, **Herrn Peter Thomsen, Präsident des Europäischen Patentinstituts EPI, als unseren Gastreferenten** zu gewinnen. Der neu gewählte Präsident des Europäischen Patentsystems wird darlegen, wie er die Institution in den nächsten Jahren voranbringen und die Spitzenstellung der Schweiz mit Blick auf Anzahl Weltklassepatente stärken möchte.

Somit freue ich mich, wenn Sie sich noch heute per Mail an info@pgbfi.ch anmelden.

Sessionsanlass vom Donnerstag, 28. September 2023, ab 12.30 Uhr (Lunch) bis 14.30 Uhr
«Geistiges Eigentum und die Rolle der Schweiz» (Beginn Referat: 13.20 Uhr)
Hotel Bellevue Palace, Bern, Salon Rouge

Gerne werden wir am Sessionsanlass voraussichtlich auch einen ersten Blick auf die Ergebnisse der Vernehmlassung zur nächsten BFI-Botschaft werfen. Diese Thematik werden wir zudem vertiefen können im Rahmen des nächsten **Frühjahrssessionsanlasses vom Donnerstag, 14. März 2024, zu dem wir gemeinsam mit Netzwerk FUTURE unseren Bildungsminister Bundesrat Guy Parmelin als Referenten begrüssen** dürfen.

Wir freuen uns, wenn Sie sich diesen Termin bereits heute reservieren können, sowie auf den Austausch mit Ihnen in dieser Herbstsession.

Freundliche Grüsse

Damian Müller
Ständerat, Präsident der PG BFI

«Horizon-Fonds-Gesetz» – weitere Beratungen
Im Zuge der Umsetzung der kantonalen Initiativen 21.327 und 21.328 wurden Massnahmen geprüft, um wieder eine volle Assoziierung der Schweiz ans Forschungsprogramm Horizon Europe zu erreichen. Die Vernehmlassung dazu lief bis zum 15. Februar 2023. Die Mehrheit der Teilnehmenden unterstützt die Idee, derzeit einen Fonds einzurichten, um die Schweizer Forschung finanziell zu unterstützen, bis eine volle Assoziierung erreicht ist. Dieser Fonds soll die finanzielle Absicherung der Schweizer Forschung verbessern und eine ähnliche Grundlage wie bei einer Vollmitgliedschaft im Forschungsprogramm schaffen. Obwohl der Fonds das grundlegende Problem nicht löst, ermöglicht er internationale Forschungszusammenarbeit. Der Fonds wird solange bestehen, bis die Schweiz wieder am gesamten EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation teilnimmt.

Endgültiges Ziel sowohl für die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK) als auch für den Bundesrat bleibt die Assoziierung an Horizon Europe. Die Kommission hat zur Kenntnis genommen, dass der Bundesrat die Eckwerte für das Verhandlungsmandat mit der EU verabschiedet hat. Um eine fundierte Entscheidung treffen zu können, beabsichtigt sie, die Ergebnisse der laufenden Sondierungsgespräche abzuwarten. Sie hat an ihrer Sitzung vom 06./07. Juli beschlossen, erst über die Schaffung eines Horizon-Fonds (21.327) zu entscheiden, sobald diese Ergebnisse vorliegen.

Förderung von Bildung, Forschung und Innovation 2025-2028
Der Bundesrat hat Anfang Juni 2023 die Vernehmlassung zur Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI-Botschaft) in den Jahren 2025-2028 eröffnet. Die Vernehmlassung dauert bis am 24. September 2023. Die BFI-Botschaft definiert die gesamte finanzielle Unterstützung des Bundes für Massnahmen zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI) in einem Vierjahres-Rahmen. Allerdings ist auch diese Vorlage von den Kürzungen geprägt, die für den gesamten Bundeshaushalt gelten. Für die Qualität des Bildungssystems ist jedoch unerlässlich, dass die Kantone in den gemeinsam finanzierten Bereichen auf eine solide und verlässliche Finanzierungspolitik des Bundes bauen können.

Die Schweiz muss als Bildungs-, Forschungs- und Innovationsstandort international kompetitiv bleiben. Dieser Zielsetzung sollte auch die BFI-Botschaft dienen. Ein reales Wachstum bei der Mittelzuteilung ist hierbei notwendig. Aufgrund der finanzpolitischen Lage ist es aber auch adäquat, Prioritäten zu setzen und die vorgesehenen Mittel gezielter einzusetzen. Die Schwerpunktsetzung bei der kompetitiven Forschungs- und Innovationsförderung ist hierbei wichtig. Es ist essenziell, dass die für die Wirtschaft zentralen Institutionen wie der ETH-Bereich, die SNF und Innosuisse keine überproportionalen Einbussen beim Mittelzuwachs hinnehmen müssen. Des Weiteren ist der Berufsbildung sowie der Höheren Berufsbildung in der BFI-Botschaft 2025-28 gebührende Beachtung zu schenken. Die WBK-S soll sich nach Ende der Vernehmlassung an diesen Grundsätzen orientieren.

22.078 Patentgesetz
Mit der Überarbeitung des Patentgesetzes schlägt der Bundesrat vor, das Gesetz an internationale Standards anzupassen und die Attraktivität des Schweizer Patentsystems zu steigern, insbesondere für KMU und Erfinderinnen und Erfinder. Die Beratungen in der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerats werden ab dem vierten Quartal dieses Jahres fortgesetzt.

21.426 Mehr Ressourcen und Anreize für die 3R-Forschung, um Alternativen zu den Tierversuchen rascher voranzutreiben
Ziel der sogenannten 3R-Forschung ist es, Tierversuche zu vermeiden (replacement) sowie die Zahl der Tiere (reduction) und deren Leiden (refinement) auf ein unerlässliches Minimum zu beschränken. Die parlamentarische Initiative fordert, dass die gesetzlichen Grundlagen dahingehend angepasst werden, dass die 3R-Forschung mehr Ressourcen und Anreize erhält, um Alternativen zu den Tierversuchen rascher voranzutreiben. Die WBK-N hat sich an ihrer Sitzung vom 17./18. August intensiv mit Experten und Expertinnen zum Thema 3R und Forschung ausgetauscht. In diesen Gesprächen standen sowohl die gegenwärtige

Lage als auch mögliche Alternativen zu Tierversuchen im Fokus. Auf Grundlage dieser Anhörungen hat die Kommission die nächsten Schritte zur Umsetzung der parlamentarischen Initiative festgelegt. Dieses Thema soll zudem erneut im Zuge der Diskussion über die BFI-Botschaft für den Zeitraum 2025–2028 aufgegriffen werden.

Parlamentarische und Bundesrats-Geschäfte Herbstsession 2023

22.067 Ausländer- und Integrationsgesetz. Zulassungserleichterung für Ausländerinnen und Ausländer mit Schweizer Hochschulabschluss
SR Dienstag, 12. September

Die Vorlage zielt darauf ab, die Zulassung zum Arbeitsmarkt für Drittstaatenangehörige, die an Schweizer Hochschulen ausgebildet wurden, zu erleichtern und so dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. In der Frühjahrssession 2023 beschloss der Nationalrat, diese Zulassungserleichterung auf alle Absolventinnen und Absolventen von Bildungsgängen der Tertiärstufe auszuweiten, einschliesslich Personen mit eidgenössischem Fachausweis, eidgenössischen Diplomen sowie Postdoktorandinnen und -doktoranden. In der Sommersession ist der Ständerat auf die Vorlage eingetreten.

Da die vom Bundesrat vorgeschlagene Ausnahme von den Kontingenten nach wie vor als verfassungsmässig problematisch angesehen wird, empfiehlt die Staatspolitische Kommission des Ständerats ihrem Rat, die Vorlage an den Bundesrat zurückzuweisen. Dieser wird aufgefordert, nach einer verfassungskonformen Lösung zu suchen. Im Antrag zur Rückweisung werden mögliche Lösungsansätze genannt, darunter administrative Erleichterungen, eine verbesserte Vorhersehbarkeit im Bewilligungsverfahren und eine Verlängerung der Frist für den Inländervorrang.

Wir betonen weiterhin: Die Vereinfachung der Zulassung von Fachkräften aus Drittstaaten, die an Schweizer Hochschulen ausgebildet wurden, ist von grosser Bedeutung sowohl für die Wirtschaft als auch für die akademische Forschung. Ein entscheidendes Instrument zur Erreichung dieses Ziels ist die Ausnahme von den jährlichen Höchstzahlen für Aufenthaltsgenehmigungen. Angesichts des Fachkräftemangels ist es besonders wichtig, dass Absolventinnen und Absolventen, die in der Schweiz ausgebildet wurden, die Möglichkeit erhalten, in der Schweiz zu arbeiten, zumal viele Absolventinnen und Absolventen aus Drittstaaten aus dem MINT-Bereich kommen, wo der Fachkräftemangel besonders ausgeprägt ist. Dies ist umso bedeutsamer, da die Schweiz erhebliche Investitionen in die Ausbildung dieser Fachkräfte tätigt.

22.4268 Mo. WBK-N. Prüfungsfreier Zugang mit der Berufsmatura zu Pädagogischen Hochschulen für die Ausbildung zur Primarlehrperson
SR Montag, 18. September

Die Motion beauftragt den Bundesrat, Artikel 24 des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes (HFKG; SR 414.20) dahingehend anzupassen, dass Absolventinnen und Absolventen einer Berufsmatura prüfungsfrei zur Primarlehrerausbildung an den Pädagogischen Hochschulen zugelassen werden. Eine Zulassung von Absolventinnen und Absolventen einer Berufsmatura ist aktuell nur "unter bestimmten Voraussetzungen", die der Hochschulrat festsetzt, möglich. Ein prüfungsfreier Zutritt zur Ausbildung als Primarlehrperson ist mit einer Berufsmatur im Moment nicht möglich.

Vor dem Hintergrund des wachsenden Fachkräftemangels auch im Bereich der Lehrpersonen sind mögliche zusätzliche Hürden zwingend abzubauen. Die Berufsmaturität soll eine attraktive Perspektive eröffnen

und damit auch das Schweizer Berufsbildungssystem stärken. Zu dieser Attraktivitätssteigerung zählt aber auch, dass keine unnötige und erschwerende Hürden zu weiterführenden Schulen errichtet werden.

23.3845 Mo. Gapany. Schaffung eines Innovationsfonds
SR Donnerstag, 28. September

Die Motion beauftragt den Bundesrat einen Innovationsfonds zu schaffen. Dieser Fonds soll es ermöglichen, sich an Startups zu beteiligen, die sich entwickeln, um neuartige Produkte und Dienstleistungen auf den Markt zu bringen. In der Schweiz wird nur geringfügig in die Vermarktung von Spitzentechnologien aus wissenschaftlichen Labors investiert. Das führt dazu, dass solche innovativen Unternehmen zunehmend von ausländischen Finanzierungen abhängig werden. Eine solche Lage stellt für das Schweizer Wirtschaftssystem eine erhebliche Herausforderung dar, da es eine Abhängigkeit von ausländischen Investitionsquellen schafft, die oft volatil sind oder politische Probleme aufwerfen können.

Die Schaffung eines solchen Fonds dient der Unterstützung innovativer Schweizer Start-ups und vielversprechender Spitzentechnologien mit Marktpotenzial. Hochinnovative Industrien wie der Life-Sciences-Bereich können von einer adäquaten Innovationsförderung profitieren. Hierbei soll auch die Möglichkeit bestehen, einen Teil der Einnahmen aus der OECD-Mindestbesteuerung zur Förderung von Innovation zu verwenden.

23.3841 Po. Français. Faire und wettbewerbsorientierte Finanzierung im Hochschulbereich
SR Donnerstag, 28. September

Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht zur Förderung der wettbewerbsorientierten Finanzierung der Fachhochschulen (FH) zu erstellen. In diesem Bericht sollen die unterschiedlichen Finanzierungsmodelle für kantonale Universitäten und FH analysiert werden, insbesondere im Hinblick auf den Zugang zu wettbewerbsorientierten Fonds wie dem Schweizerischen Nationalfonds (SNF), Innosuisse und internationalen Förderprogrammen. Darüber hinaus soll der Bericht verschiedene Verteilschlüssel für die direkte und indirekte Bundesfinanzierung untersuchen und gegebenenfalls Empfehlungen zur Schaffung eines Gleichgewichts zwischen den Hochschulen sowie zur Förderung des Wettbewerbs unter ihnen geben.

Wir unterstützen das übergeordnete Ziel, die Qualität von Forschung und Lehre in der Schweiz zu steigern. Die wettbewerbsorientierte und kompetitive Förderung und Mittelverwendung in Bildung, Forschung und Innovation ist ein Erfolgsfaktor für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Forschung.

23.3836 Ip. Michel. Einsatz von Finanzmitteln aus dem Horizon-Paket für die Realisierung von Übergangsmassnahmen und Auswirkungen auf den Voranschlag 2024
SR Donnerstag, 28. September

Am 24. Mai 2023 hat der Bundesrat neue Übergangsmassnahmen für die Ausschreibungen im Jahr 2023 im Rahmen des Horizon-Pakets 2021-2027 beschlossen. Die Finanzierung dieser Massnahmen wird mit einem Betrag von 625 Millionen Franken vorgesehen. In den Jahren 2021 und 2022 wurden die im Budget für die Teilnahme an den Forschungs- und Innovationsprogrammen der EU vorgesehenen Mittel nicht vollständig genutzt. Die Interpellation stellt in diesem Zusammenhang Fragen an den Bundesrat zur Transparenz der Finanzierung von internationaler Forschung und Innovation.

Die Schweiz ist ein Bildungs-, Forschungs- und Innovationsstandort auf international höchstem Niveau. Wir befürworten deshalb die Bestrebungen, im Bereich der Finanzierung mehr Transparenz zu schaffen.

Agenda Sessionsanlass vom Donnerstag, 28. September 2023

«Geistiges Eigentum und die Rolle der Schweiz»

Donnerstag, 28. September 2023, ab 12.30 Uhr (Lunch) bis 14.30 Uhr
Hotel Bellevue Palace, Bern

Beginn der Veranstaltung: 13.20 Uhr

Programm

Ab 12.30 Uhr	**Apéro und Lunch**
13.20 Uhr	**Begrüssung und Einführung** durch Ständerat Damian Müller, Präsident der PG BFI
13.30 Uhr	**Key-Note: «Geistiges Eigentum in der Schweiz und international: Grundlage für unsere Innovationskraft»** Peter R. Thomsen, Präsident des Europäischen Patentinstituts EPI
14.00 Uhr	Fragen und Diskussion
14.15 Uhr	**Fazit und Ausblick auf BFI-Botschaft** durch Ständerat Damian Müller, Präsident der PG BFI
14.30 Uhr	Ausklang und Networking

Ich freue mich, Sie alle an unserem Sessionsanlass begrüssen zu dürfen.

Gerne nehmen wir Ihre Anmeldung bereits heute entgegen: **info@pgbfi.ch**